

Internationaler Aufschrei: Solidarität mit verfolgten Bahá'í-Frauen im Iran!

Der Artikel beleuchtet die dramatische Situation der Bahá'í-Frauen im Iran, die seit 1979 verfolgt werden, sowie internationale Reaktionen.



Isfahan, Iran - Im Iran nehmen die Angriffe auf die Bahá'í-Gemeinschaft alarmierende Ausmaße an, insbesondere gegen Frauen dieser religiösen Minderheit. Die Bahá'í sind die größte nicht-muslimische religiöse Gruppe im Iran und werden seit der Islamischen Revolution 1979 systematisch verfolgt. So berichten sowohl **ots.at** als auch **news.bahai.org** von einer dramatischen Verschlechterung der Situation für Bahá'í-Frauen, die zwei Drittel aller verfolgten Bahá'í im Iran ausmachen. Sie sehen sich willkürlichen Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Enteignungen ausgesetzt, was am 22. Januar 2025 zu einer brutalen Razzia und der Festnahme von elf Bahá'í-Frauen in Isfahan führte.

Internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung

Die Situation wurde am 24. Januar 2025 im Rahmen des Universellen Periodischen Überprüfungsverfahrens (UPR) des UN-Menschenrechtsrates in Genf behandelt. Mehrere UN-Mitgliedsstaaten, darunter Österreich, forderten, dass der Iran seine Verfassung an internationale Menschenrechtsnormen anpasst. Österreichs Vertreter hoben die Notwendigkeit hervor, dass alle religiösen Minderheiten, einschliesslich der Bahá'í, anerkannt werden und ihr Recht auf Religionsfreiheit eingehalten wird. In einer bemerkenswerten Erklärung vom 30. Januar 2025 forderten 125 Mitglieder des Europäischen Parlaments und nationaler Parlamente ein Ende der Diskriminierung der Bahá'í und einen umfassenden Schutz ihrer Menschenrechte.

Darüber hinaus setzten 18 UN-Sonderberichterstatter und Experten der UN-Arbeitsgruppe ein gemeinsames Schreiben auf, in dem sie die systematische Verfolgung von Bahá'í-Frauen im Iran verurteilten. „Die Berichte deuten auf eine alarmierende Zunahme der Angriffe hin,“ betonte die Bahá'í-Vertreterin Simin Fahandej im Zusammenhang mit der kürzlichen Verurteilung von zehn Bahá'í-Frauen zu insgesamt 90 Jahren Gefängnis. Die Enkel und Kinder dieser Frauen, die zu Unrecht inhaftiert sind, werden von ihren Müttern getrennt, was das Unrecht der Situation verstärkt.

Die internationale Gemeinschaft lässt die Bahá'í nicht im Stich, und Stimmen wie die von Isma Forghani, Menschenrechtsbeauftragte der Bahá'í-Gemeinde in Österreich, erinnern uns daran, dass die systematische Verfolgung nicht unbeachtet bleibt. Es ist ein eindringlicher Appell, der die dringende Notwendigkeit von Maßnahmen und globaler Solidarität unterstreicht.

Details	
Vorfall	Verfolgung
Ursache	Religionsverfolgung
Ort	Isfahan, Iran
Festnahmen	11
Quellen	• www.ots.at • news.bahai.org

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at